

## **Erklärung des Fraktionsvorsitzenden zum Haushaltsentwurf für den Stadthaushalt 2019 der Landeshauptstadt Magdeburg**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
werte Gäste,

zu Beginn möchten wir uns als Fraktion zunächst bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister Zimmermann, sowie bei allen an der Erarbeitung des Haushaltsentwurfs Beteiligten der Verwaltung, recht herzlich für die geleistete Vorbereitungsarbeit des Haushaltsentwurfes 2019 bedanken.

Der vorliegende Entwurf für den Stadthaushalt 2019 stellt auf Grundlage der Planungs-, Bewertungs- und rechtlichen Vorgaben des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens einen aus Sicht unserer Fraktion realistischen Planungsansatz für das kommende Haushaltsjahr dar.

Die an Bereiche, Ämter und Stabsstellen gerichtete Verwaltungsverfügung, nach der für 2018 angemeldete Mittel zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2019 bis 2022 linear fortzuführen sind, ist nach unserer Einschätzung korrekt umgesetzt worden. Dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg liegt damit für das Jahr 2019, wie auch schon in den vergangenen Jahren, ein ausgeglichener Haushaltsplanansatz vor. Dies ist im Hinblick auf die Erfüllung der von Bürger/innen der Landeshauptstadt Magdeburg zu recht erwarteten, vielfältigen freiwilligen, vor allem aber notwendigen Pflichtaufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und im Kontext teilweise wirklichkeitsfremder oder gar erschwerender Regelungen der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), unseres Erachtens alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Mit knapp der Hälfte des Gesamthaushaltes bestimmt das Sozialbudget den wesentlichen Teil, wofür in der Landeshauptstadt Magdeburg auch im Jahr 2019 Geld ausgegeben werden soll. Das finden wir gut und absolut richtig. Ob es genügend ist, darüber kann und wird man sicherlich im Einzelfall auch heute noch sorgfältig abwägen und leidlich streiten.

All diejenigen in diesem Saal, die darüber hinausgehend augenscheinlich jedoch überwiegend im „Fordern“ und „Kritisieren“ ihre Hauptpflicht sehen, seien daran erinnert, dass bisher „Wahlprosa“ allein noch nie dazu beigetragen hat, auch nur einen einzigen Cent zu erwirtschaften der an Bedürftige verteilt werden kann.

Deshalb sehen die Mitglieder der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei vor allem in der Wahrnehmung der kommunalen Eigenverantwortung, den Schlüsselweg, um neben den weiterhin zweifellos notwendigen Beteiligungen von Bund und Land, die sozialen Herausforderungen der Zukunft in unserer Stadt beherrschen zu können.

Dabei verstehen wir unter Wahrnehmung der kommunalen Eigenverantwortung vor allem, neben der Sicherstellung des finanziellen Fundaments für den Sozialhaushalt (hier meinen wir nicht nur die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben), eine deutliche Akzentsetzung auf Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft und zur Schaffung bzw. Verbesserung der dafür erforderlichen Infrastruktur.

Auch wenn wir als Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei Ihre ökologisch geprägten Politikansätze, liebe Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, in sehr vielen Fällen nachvollziehen können, richtig finden und z. T. mittragen, halten wir es für einen gefährlichen Irrglauben, dass die Mittel zur Finanzierung der sozialen Bedarfe der Menschen unserer Stadt, in Zukunft prioritär und schon gar nicht allein, mittels Fahrradverkehr erwirtschaftet bzw. sichergestellt werden können.

Abs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei möchte mit 9 von insgesamt 66 vorliegenden Änderungsanträgen, einen eigenen bzw. interfraktionellen Beitrag zur Nachjustierung der Haushaltsentwurfssfassung der Verwaltung beitragen.

Auf zwei Änderungsanträge möchte ich kurz eingehen:

1. Für die politische bzw. gesellschaftliche Entwicklung unserer Landeshauptstadt halten wir den interfraktionellen Antrag DS0424/18/31 - **Eine Stadt für alle - Initiative Weltoffenes Magdeburg** - als Unterstützung für ein klares Bekenntnis der demokratischen Zivilgesellschaft für Toleranz, Menschenrechte und Weltoffenheit - gegen rechtspopulistische Propaganda, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit für wichtiger denn je. Wir sehen es als unsere Pflicht als ehrenamtliche Kommunalpolitiker/innen alles dafür zu tun, um Initiativen und Kräfte in unserer Stadt, die sich diesen demokratischen Zielen ebenso verpflichtet fühlen, zu unterstützen.
2. Wir verstehen darüber hinaus, unseren Änderungsantrag zum Antrag DS0424/18/14/1 - „**Schaffung**“ eines/r Radverkehrsbeauftragten -, den wir u. a. nicht ohne Grund in - „**Benennung**“ eines Radverkehrsbeauftragten - umformuliert haben, als eine mögliche Brücke für den Oberbürgermeister sich endlich dieser, aus unserer Sicht nicht unberechtigten Forderung, anzuschließen.

Ihre bisherige Haltung, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zu diesem in vergleichbaren Städten funktionierenden und sinnvollen Instrument als Schnittstelle zwischen Bürgeranliegen / Verwaltung und Stadtrat - die knapp formuliert etwa so lautet: „Das mache ich nicht“, - ist uns bei aller Wertschätzung Ihrer Person, nicht verständlich.

Was Änderungsanträge anderer Fraktionen betrifft, möchten wir die Gelegenheit nutzen um unserer Überzeugung Ausdruck zu verleihen, dass wir insbesondere den Antrag DS0424/18/36 - **Dritte Elbquerung** - der Fraktion CDU/FDP/BfM aus strategischer Stadtentwicklungssicht große Bedeutung beimessen.

Die im Vergleich zum Gesamthaushalt geradezu winzige Investition von geschätzt 25.000,00 Euro lässt denen, die in Zukunft Verantwortung für unserer Stadt tragen alle Optionen offen, darüber zu entscheiden, ob es zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich ist, eine dritte

Elbquerung zu bauen oder auch nicht. Darauf zu verzichten, hieße u. U. der Stadt und ihren Einwohner/innen voreilig ein Stück Entwicklungsmöglichkeit ein für alle Mal abzuschneiden.

Schlussendlich möchte ich noch auf den im Haushaltentwurf verankerten Kostenaufwuchs für die Errichtung der sogenannten „**Werkstraße**“ im Süden Magdeburgs eingehen.

Dieses Vorhaben hat seinen Ursprung in der aus unserer Sicht in jeder Hinsicht berechtigten Forderung der dort lebenden Einwohner/innen nach Entlastung von den Schwerlast- und MIV-Durchgangsverkehren, die dort lange Zeit, Tag für Tag und Nacht für Nacht, die Nerven und die Gesundheit der Anwohner/innen belasteten. Unserer Einschätzung nach haben sich die Zeiten dort aber mittlerweile um einiges geändert. Der Transport riesiger Windkraftanlagenbauteile scheint branchenbedingt seit geraumer Zeit deutlich zurückzugehen. Die betreffende Produktionsunternehmensgruppe verfügt im Norden Magdeburgs, an einer Stelle von der bedeutend weniger Belastungen für das Umfeld ausgeht, dem Augenschein nach über erhebliche Produktionskapazitäten, die unserer Ansicht nach geeignet sein könnten sinkende Bedarfe der Zukunft sicher abzudecken. Die ursprünglich angedachte Entlastung von MIV-Durchgangsverkehren hätte über die „Werkstraße“ wegen der ausschließenden Förderbedingungen (für die nächsten 15 Jahre) vermutlich ohnehin nicht erfüllt werden können.

Was soll also eine Investition in Millionenhöhe aus öffentlichen Kassen und eine nochmalige Aufstockung um rund eine halbe Million Euro im Haushaltsplan 2019, für die letztlich ein Verkehrsprojekt umgesetzt werden soll, das niemand wirklich noch braucht, keiner in der derzeit geplanten Weise bestellt hat und für das bereits seit den 90iger Jahren in unmittelbarer Nachbarschaft eine leistungsfähige Alternative besteht, die auch für abnehmende Bedarfe der Zukunft vermutlich ausreichen dürfte?

Wir schlagen deshalb vor, dieses Projekt in seiner derzeit noch sehr frühen Phase zu stoppen oder wenigstens zu überdenken, ob es für die hier zu betonierenden Millionen nicht sinnvollere Alternativen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Gesamtschau und in Abhängigkeit der heute noch zu beschließenden Änderungsanträge, beabsichtigen die Mitglieder der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei dem Haushaltsentwurf 2019 zuzustimmen bzw. diesen zumindest nicht abzulehnen. Wir tun dies insbesondere aus der Pflicht heraus, denen, die ab Mitte des Jahres 2019 in einem neuen Stadtrat die Verantwortung für die Geschicke unserer Stadt übernehmen werden, eine solide Finanzierungsgrundlage für die Umsetzung aller geplanten freiwilligen und der gesetzlichen Pflichtaufgaben der Landeshauptstadt Magdeburg zu übergeben.

Und wir tun es natürlich auch aus der Überzeugung heraus, dass wir als Mitglieder der Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei oder vielleicht auch in einer anderen Form ab Mai 2019 wieder in diesem Saal selbst daran mitwirken dürfen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Frank Theile  
Fraktionsvorsitzender

\*Es gilt das gesprochene Wort.